

Plenarsitzung 15.05.2014

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag zur Breitbandversorgung hat sicherlich eine gute Diskussion in das Plenum gebracht, die Diskussion über die Breitbandversorgung, eine wichtige Diskussion, die wir in diesem Hause immer wieder führen müssen. Allerdings konzentriert sich dieser Antrag insbesondere – das ist in der Rede meiner Vorrednerin deutlich geworden – auf den Universaldienst. Dazu hat diese Anhörung stattgefunden, von der meine Vorrednerin sprach.

Es hat sich klar herausgestellt, dass die Experten vor weitreichenden Folgen dieses Universaldienstes warnen.

Danach führt der Universaldienst nicht zur Wahl der optimalen Infrastruktur, sondern zur Realisierung eines Mindeststandards und zum Einsatz von veralteter Technologie, der zu befürchten ist. Es gibt zusätzliche Bürokratiekosten und Effizienzverluste, und sie werden Geld und Zeit kosten. Experten sehen die große Gefahr, dass nur 3 oder 4 MB aufgebaut werden, wenn man den Unternehmen, die am Markt Breitbandinfrastrukturen aufbauen, vorgibt, dass sie 3 oder 4 Mbit aufbauen müssen. Wir haben genau zugehört und die Argumente abgewogen.

Für uns war die Anhörung kein Selbstzweck; denn von den fünf Experten haben vier vor dem Universaldienst gewarnt. Das sollte zu denken geben; denn wir hatten selbst einen Alternativantrag mit der Absicht eingebracht, einen Universaldienst einzuführen. Wir haben uns von den Argumenten, die wir sehr intensiv in der Fraktion diskutiert haben, überzeugen lassen. Die Experten haben sich ernsthaft mit der Frage auseinandergesetzt, hatten sich detailliert vorbereitet und deswegen sind ihre Argumente ernst zu nehmen. Sie haben es auch in der Sache verdient, ernstgenommen zu werden.

Meine Damen und Herren, die Argumente haben uns überzeugt. Der Universaldienst ist in seiner praktischen Umsetzung nicht das, was wir uns unter flächendeckender Breitbandversorgung vorstellen; denn wir wollen Innovation, Dynamik, Engagement, private Anbieter für Spezialtechnologie. Wir sehen den Ausbau der Breitbandnetze als Teil der Daseinsvorsorge. Hier muss natürlich nachgesteuert werden. Das ist gar keine Frage.

Aber sie ist ein Teil der Daseinsvorsorge wie beispielsweise die Strom- und Wasserversorgung. Universaldienst aber steht für Innovationsbremse, für Planwirtschaft und Mittelmaß.

Meine Damen und Herren, die Bundesnetzagentur soll nun nach den Vorstellungen im Antrag mit viel Aufwand das richten, was über das Verfahren selbst an zusätzlicher Bürokratie kommt. Es ist aber ein bürokratisches Nachlaufen hinter der technischen Entwicklung. Selbst wenn Sie bei diesem planwirtschaftlichen Ansatz bleiben, fehlen doch in Ihrem Antrag wesentliche Eckpunkte für einen solchen Universaldienst.

Es fehlt eine Aussage, wie die praktische Umsetzung aussehen soll. Bis zu welcher Bandbreite wollen Sie das Internet garantieren: bis 6 MB, bis 16 MB oder bis 50 MB?

Welche finanziellen Beträge soll das Land zur Verfügung stellen? Wie kompensieren Sie ausfallende Gelder von privaten Unternehmen, die sich vom Markt zurückziehen, wenn sie gezwungen werden, entsprechende Gelder in einen Topf zu zahlen?

Zu den technischen Fragen der Umsetzung: Wollen Sie jetzt die Glasfaserleitung bis in die Haushalte oder bis zu den Kabelverzweigern durchführen? Wie intensiv wollen Sie das betreiben?

Dennoch bleiben Sie bei Ihrem Universaldienst, aber tun wir doch bitte nicht so, als ob damit die Probleme auf dem flachen Land, die Probleme der weißen Flecken wirklich zu bewältigen wären.

Universaldienst und Geldforderungen nach Berlin ersetzen aus unserer Sicht kein eigenes Breitbandkonzept der Landesregierung.

Ein solches hätten wir heute erwartet.

Wir reduzieren die Verpflichtung und Aktivitäten zur Versorgung mit schnellem Internet nicht auf die Einführung des Universaldienstes. Mit der Einführung der neuen NGA-Rahmenregelung auf EU-Ebene ergeben sich neue Herausforderungen, neue Chancen und neue Aufgaben. Die CDU hat bereits im Ausschuss angekündigt, einen eigenen Antrag zur Breitbandversorgung zu erarbeiten – dies möchte ich noch einmal ausdrücklich bestätigen –, sodass wir ihn im nächsten Plenum diskutieren können.

Meine Damen und Herren, die CDU setzt dazu auf eine marktwirtschaftliche Basis mit flankierenden Instrumenten und Vorgaben, um so schnell und effizient auf hohem technischem Niveau schnelles Internet in die Fläche zu bringen. Wir lehnen den Universaldienst in der hier vorgeschlagenen Form und auch Ihren Antrag ab.